

Kliniken: Schlick will reden

Hauptausschuss will früheren Krankenhaus-Geschäftsführer zum Thema Vertragsverlängerung anhören

PINNEBERG In der Affäre um den Verlängerungsvertrag mit Ex-Regio-Kliniken-Chef Alexander Schlick wird die Lage immer schwieriger für Landrat Dr. Wolfgang Grimme (CDU). Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es zum Showdown im Hauptausschuss des Kreistags kommen. Die Mitglieder dieses Gremiums haben sich einstimmig dafür ausgesprochen, den früheren Klinik-Chef anzuhören, um zu klären, ob Grimme gelogen hat. Schlick wird kommen: „Wenn die Verschwiegenheitsklausel aufgehoben wird, bin ich bereit, im Hauptausschuss über die Vertragsfragen zu reden“, sagte er auf Nachfrage.

Es geht um die Frage, ob Grimme den Arbeitsvertrag mit Schlick vorzeitig verlängert hat. Grimme hatte das verneint. Doch unserer Zeitung liegt die Kopie eines Papiers vor, in dem es die Vertrags-Verlängerung sowie eine Anhebung des Gehalts geht. Dieses Papier ist sowohl von Grimme als auch Schlick unterzeichnet worden.

Im Aufsichtsrat hatte Grimme vergangene Woche gesagt: „Der Vertrag des ehemaligen Geschäftsführers der Regio Kliniken GmbH, Alexander

Schlick, wurde nicht verlängert.“ Aber: „Es besteht eine rechtlich wirksame Freistellungs- und Aufhebungsvereinbarung vom 12. Juni 2009, die das Arbeitsverhältnis vom März 2005 vertragsgemäß zum 14. April 2010 beendet.“

„Der Innenminister soll prüfen, ob diese Anträge überhaupt rechtlich zulässig sind.“

Dr. Wolfgang Grimme
Landrat

Wegen möglicher Verstöße gegen das Vergaberecht war Schlick von seinem Posten freigestellt worden. In dem damals geschlossenen Auflösungsvertrag gibt es eine Klausel, die beide Seiten zur Verschwiegenheit verpflichtet und auf die Grimme sich bezieht. Die SPD wollte ihm im Hauptausschuss einen Strich durch die Rechnung machen: Schlick solle „von den in seinem Vertrag vereinbarten Verschwiegenheitsklauseln“ entbunden werden, so der Antrag. Weiter: „Herr Schlick wird gebeten, sich kurzfristig einer Befragung durch den Hauptausschuss zur Verfügung zu stellen. Ziel dieser Befragung ist unter an-

derem die Aufklärung einer möglichen zwischen ihm und dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Regio-Kliniken Dr. Grimme im Februar 2007 vereinbarten, abgesprochen oder tatsächlich erfolgten Vertragsverlängerung.“

Das Problem: Seit Dienstag gehören die Kliniken zu 74,9 Prozent dem Gesundheitskonzern Sana. Deshalb waren die Politiker nicht sicher, ob der Minderheitsgesellschaftlicher Kreis berechtigt ist, die Verschwiegenheitsklausel aufzuheben. Die Frage soll – auf Wunsch der CDU – die Kommunalaufsicht des Landes klären. Und zwar bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 13. Januar. Gibt es grünes Licht aus Kiel, wird Schlick reden dürfen. „Dann muss er gehört werden“, so CDU-Fraktionschefin Heike Beukelmann.

Die Unionspolitiker waren ohnehin sauer, weil Grimme ihre Fragen: „Wurde der Vertrag durch den Landrat abgeschlossen (unterschieden)? Warum wurden keine rechtlichen Schritte eingeleitet? Sollte der Landrat einen solchen Vertrag unterschrieben haben: Warum wurde den Gremien des Kreises Pinneberg eine andere Information

gegeben?“ nicht beantwortet hatte.

Auf den Landrat könnte nun weiteres Ungemach zukommen. Auf Antrag der SPD hat der Hauptausschuss einstimmig beschlossen, das Rechnungsprüfungsamt des Kreises zu beauftragen, anhand der Lohnlisten bei den Kliniken die Bezüge von Schlick zu überprüfen. Mit diesen Listen soll bewiesen werden, dass Schlick entgegen Grimes Aussagen von 2007 an ein höheres Gehalt (150 000 Euro statt 130 000) bezogen haben soll.

Grimme setzt auf Hilfe aus Kiel: „Der Innenminister soll prüfen, ob diese Anträge überhaupt rechtlich zulässig sind.“ Er glaube nicht, dass der Kreis nach der Veräußerung von 75 Prozent der Klinikanteile solche Fragen stellen dürfe. „Es wäre ein Unikat, wenn sich der Hauptausschuss mit den Gehaltsstreifen von Geschäftsführern befassen würde.“ Der Kreistag habe das bewusst in die Zuständigkeit der Aufsichtsräte gelegt. Verstöße gegen die Verschwiegenheitspflicht seien eine strafrechtlich bewährte Handlung. „Ich glaube nicht, dass das funktioniert“, so Grimme.

Bernd Amsberg

Bremer, Matetzki und die Ex-DDR

PINNEBERG Alte politische Grabenkämpfe brechen anscheinend auch im Kreis Pinneberger Hauptausschuss hin und wieder durch. Insbesondere dann, wenn sich die Partei Die Linke zu Wort meldet. So kam es während der jüngsten Sitzung des Gremiums zu einer Auseinandersetzung zwischen dem FDP-Fraktionschef Klaus G. Bremer und seinem Linkspartei-Kollegen Claus-Peter Matetzki, in der die ehemalige DDR als Argument herhalten musste.

Eigentlich ging es um Landrat Dr. Wolfgang Grimme (CDU) und den Vertrag, den er mit dem ehemaligen Re-

gio-Geschäftsführer Alexander Schlick geschlossen haben soll. Da Grimme, wie schon während des jüngsten Kreistags, keine erhellenden Auskünfte gab (siehe Bericht oben), legte Matetzki einen Antrag auf den Tisch. Inhalt: Der Hauptausschuss solle den Landrat „disziplinarisch zwingen“ Klarheit zu schaffen, wie seine Unterschrift unter den Vertrag mit Schlick gekommen sei.

Trotz Protesten der anderen Hauptausschussmitglieder bestand Matetzki auf seinen Vorstoß. Was Bremer dazu veranlasste, seinerseits die Nichtbefassung zu beantragen. Mit langen Begrün-

dungen hielt sich der FDP-Chef nicht auf. „So etwas“ könne Matetzki „bei seinen Freunden in der Ex-DDR machen“, verkündete er nur. „Wenn jemand so einen Unsinn verzapft, dann tut das manchmal weh“, sagte Bremer im Gespräch mit unserer Zeitung. Matetzki habe keine Ahnung gehabt, wovon er rede. Deshalb sei ihm die Hutschnur geplatzt.

Matetzki seinerseits will Bremers Attacke nicht einfach hinnehmen. „Die Aussage Bremers hat das Niveau eines Viertklässlers“, sagte er. „Ich habe keine Freunde in der ehemaligen DDR.“ thk